SERAPS WOCHE

INHALTSVERZEICHNIS

NULL TOLERANZ BEI CLAN KRIMINALITÄT

„PAKT FÜR WACHSTUM UND WOHLSTAND“

„SCHWEIGEN DES BUNDESKANZLERS ZUM DEUTSCHLAND-PAKT MIGRATION”

WELT GASTBEITRAG:WIE WIR EINEN DEUTSCHEN ISLAM MIT GESTALTEN

ÖFFENTLICHE DEBATTE

RECAP INFODVAG

SERAP GÜLER

SGUELER

SERAPGUELER

Liebe Parteifreunde, sehr geehrte Damen und Herren,

Die Sitzungswoche ist vorbei! Was ist passiert? Von Seiten der Bundesregierung leider wieder nicht viel. Dabei erfordert vor allem die **Migrationspolitik** gerade aktives Handeln. **Wir haben deshalb die Initiative übernommen und in der vergangenen Woche mit unserem Antrag „Deutschland-Pakt in der Migrationspolitik – Irreguläre Migration stoppen“ eine Reihe konkreter Vorschläge auf den Tisch gelegt.**

Darüber hinaus haben wir uns mit der zunehmenden Clan Kriminalität beschäftigt. Wir wollen der Clankriminalität mit einer Null-Toleranz-Strategie entgegentreten. Wie die aussieht, lesen Sie in diesem Newsletter.

Ansonsten finden Sie in dieser Ausgabe **meinen Gastbeitrag in der WELT AM SONNTAG, in welchem ich konkrete Ideen vorschlage, wie wir einen deutschen Islam mit gestalten können.** Ich freue mich auf Ihre Rückmeldung!

Am Ende finden Sie außerdem eine **Rückschau von meiner Woche bei der Bundeswehr**, (InfoDVAg)

Für das Interesse an meiner Arbeit danke ich herzlich und übersende beste Grüße an Sie.

„Null Toleranz bei Clankriminalität – Ankündigungen müssen unverzüglich Taten folgen“

Unser Rechtsstaat ist durch Clankriminalität in besonderem Maße herausgefordert: Vor allem in Großstädten haben sich die Aktivitäten krimineller Clans in den letzten Jahren zu einem sichtbaren Phänomen Allgemeiner und Organisierter Kriminalität entwickelt.
Als „Clans“ werden großfamiliäre Strukturen bezeichnet, bei denen ein erheblicher Teil von Familienmitgliedern in kriminelle Machenschaften verstrickt sind. Die Spannbreite reicht von Bagatelldelikten bis hin zu schweren Verbrechen wie Mord und Totschlag, Drogenhandel und gewaltsam ausgetragenen Konflikten verfeindeter Clanfamilien auf offener Straße. Hinzu kommt die generelle Missachtung elementarer Prinzipien unseres Rechtsstaats und eine grundsätzliche Ablehnung unserer Rechts- und Werteordnung. Viele Mitglieder von Clanfamilien sind Deutsche, ein erheblicher Anteil verfügt jedoch über eine ausländische oder eine doppelte Staatsangehörigkeit. Wir wollen der Clankriminalität mit einer Null-Toleranz-Strategie entgegentreten.

Was wir JETZT fordern:

Die Polizei muss technisch gestärkt werden, um kriminelle Strukturen und Zusammenhänge im Clanmilieu besser analysieren zu können. Mit Hilfe von Recherche- und Analyseplattformen können bereits bei der Polizei vorhandene Daten schneller analysiert und verknüpft werden. Die Bundesinnenministerin muss voran gehen und für das B**undeskriminalamt und die Bundespolizei entsprechende Plattformen einführen.**

Wir brauchen noch wirksamere Regeln für die **Vermögensabschöpfung**, damit Vermögenswerte unklarer Herkunft wie z. B. Immobilien, Luxusautos oder Geldbestände leichter eingezogen werden können.

Bei Clanangehörigen mit ausländischer Staatsangehörigkeit, die nachweislich in kriminelle Machenschaften verstrickt sind, wollen wir sämtliche **möglichen aufenthaltsrechtlichen Maßnahmen mit dem Ziel der Ausweisung und Abschiebung anwenden.** Bei Doppelstaatlern stellt sich die Frage nach der – ggf. zu schaffenden – Möglichkeit des **Entzugs der deutschen Staatsangehörigkeit.**

Um kriminelle Clan-Strukturen mittel- und langfristig zu schwächen, wollen wir insbesondere auch die **Frauen, Kinder und Jugendlichen in den Blick nehmen. Frauen werden in den patriarchalischen Clan-Strukturen oft unterdrückt.** Kinder und Jugendliche sind in kriminellen Großfamilien oftmals durch Abschottung und negative Vorbilder an einer freien Entfaltung und normalen Entwicklung gehindert.

Aktuelle Stunde: „Schweigen des Bundeskanzlers zum Deutschland-Pakt zum Stopp der irregulären Migration”

Bundeskanzler Scholz hat in der Generaldebatte des Deutschen Bundestags am 6. September 2023 einen "Deutschland-Pakt" vorgeschlagen. In dem dazugehörigen Papier des Bundeskanzleramts finden sich auch vage Aussagen zur Migrationspolitik. Der Aufschlag des Bundeskanzlers ist mittlerweile drei Wochen her. Seitdem ist von Seiten der Bundesregierung nichts passiert. Es gibt keine Vorschläge, über die wir sprechen könnten. Es gibt keine Einigkeit in der Ampelkoalition, welche Maßnahmen nun erforderlich sind. Wir haben deshalb dieInitiative übernommen und in der vergangenen Woche mit unserem Antrag **„Deutschland-Pakt in der Migrationspolitik – Irreguläre Migration stoppen“** eine Reihe konkreter Vorschläge auf den Tisch gelegt.

Wir haben den Bundeskanzler beim Wort genommen und ein konkretes Angebot für einen Deutschland-Pakt in der Migrationspolitik vorgelegt. Die Antwort der Ampelkoalition ist enttäuschend – **sie ist weiter uneins, streitet und ist nicht in der Lage, eine konkrete migrationspolitische Position zu formulieren.**
Eine Antwort des Bundeskanzlers auf unser Angebot ist bisher ausgeblieben. Wenn der Bundeskanzler schon öffentlich einen „Deutschland-Pakt“ vorschlägt, aber zu unserem konkreten Verhandlungsaufschlag einfach weiter schweigt – dann ist das ein Anlass, nachzufragen. Die Bevölkerung hat einen Anspruch, zu erfahren, wie der Bundeskanzler das für unsere Gesellschaft so dringende Problem der irregulären Migration lösen will.

Gastbeitrag in der WELT AM SONNTAG

Lesetipp: ein paar Gedanken von mir in der Welt am Sonntag, wie wir den liberalen Islam in Deutschland stärken.

GASTBEITRAG

Wie wir einen deutschen Islam mitgestalten

Der Bundespräsident wird kritisiert, weil er einem Islamverband zum Jubiläum gratuliert hat. Das zeigt, was in der Integrationsdebatte schiefläuft, meint *Serap Güler*

Vor 50 Jahren wurde in Nordrhein-Westfalen der Verband der Islamischen Kulturzentren (VIKZ) gegründet. Gefeiert wurde das letzte Woche in Köln mit einem Festakt, bei dem auch der höchste Repräsentant des deutschen Staates eingeladen war, Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier. Mit dabei waren auch Vertreter des Landes und der Kommune sowie der zwei großen Kirchen, vieler Vereine und anderer islamischer Verbände. Eigentlich etwas Normales im Jahr 2023, in dem der Islam selbstverständlicher Bestandteil der deutschen Gesellschaft ist. Es sollte auch normal sein, dass Steinmeier die Arbeit des Zentrums würdigt und wertschätzt.

Dennoch wurde der Besuch in der Öffentlichkeit kritisiert. Was dabei vergessen oder ignoriert wurde: Der VIKZ, der vor 50 Jahren in Deutschland von türkischen Migranten gegründet wurde, hat nicht den türkischen Präsidenten, sondern eben den deutschen Bundespräsidenten eingeladen. Weder Steinmeier noch andere Teilnehmer der Feierstunde wären so naiv, aus Dank für diese Geste die oft berechtigte Kritik an diesem Verband zu ignorieren oder nicht mehr zu teilen. Sie sind aber ebenso interessiert daran, eine ausgestreckte Hand nicht auszuschlagen. Denn der Besuch des Bundespräsidenten ist auch als eine Botschaft zu verstehen: Ihr seid unsere Muslime, ihr gehört zu uns! Die Alternative wäre ja, die islamischen Verbände denjenigen zu überlassen, mit deren Haltung wir zu Recht ein Problem haben.

Ich habe den Eindruck, dass sich in Deutschland die Diskussion um den Islam auf die Ränder beschränkt: Wir reden entweder über die aus dem Ausland gesteuerten Verbände oder über Salafisten. Dabei geht die überwiegende Mehrheit der Muslime unter, die sich dazwischen befindet. Das ist gefährlich, denn sie sind die wahren Antreiber eines gelingenden Miteinanders. Der Staat sollte gerade sie stärker unterstützen.

Circa 5,5 Millionen Menschen muslimischen Glaubens leben in Deutschland. Von diesen 5,5 Millionen sind 20 Prozent in Verbänden engagiert. Diese Verbände sind unter anderem für den Bau von Moscheen und die Organisation des religiösen Lebens verantwortlich und fungieren als Interessenvertreter gegenüber der Politik. Die Ditib (Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion e.V.) ist der größte dieser Verbände. Ihr wird eine politische Steuerung aus Ankara unterstellt, was auch nicht abwegig ist, denn schließlich untersteht der Verband der türkischen Religionsbehörde und wird demnach aus Ankara finanziert. Doch auch hier dürfen wir nicht pauschalisieren: Ditib ist nicht gleich Ditib. Es gibt gerade in diesen Zeiten viele Gemeinden, die sich emanzipieren wollen. Die entscheidende Frage ist also: Wollen wir das? Oder wollen wir weiterhin von Erdogan angezettelte Wahlkämpfe in unseren Moscheen?

Ich meine: Der deutsche Staat sollte das Selbstbewusstsein haben, allen Muslimen, insbesondere den 80 Prozent, die nicht in Verbänden organisiert sind, ein Angebot zu machen, ihre Religion auszuüben. So können wir den hiesigen Muslimen nicht nur deutlich machen, dass wir sie als einen Teil unserer Gesellschaft betrachten, sondern gleichzeitig die Jugendlichen vor radikalen Salafisten schützen.

Wir müssen eben differenzieren: Es gibt nicht „den Islam". Es gibt ja auch nicht „das" Christentum. Oder „das" Judentum. Der Islam ist vielschichtig und beschreibt neben einer Religion ebenso eine Weltanschauung. Es gibt Sunniten und Schiiten. Schiiten stellen zum Beispiel nur einen kleinen Teil der Gläubigen innerhalb der oben genannten Verbände dar. Umso widersprüchlicher ist es, 80 Prozent der deutschen Muslime in Mithaftung für etwas zu nehmen, was sogar nur von einem Bruchteil der 20 Prozent, die in Verbänden organisiert sind, zu verantworten ist. Aus meiner Zeit als Staatssekretärin für Integration in Nordrhein-Westfalen und als gläubige Muslimin weiß ich sehr wohl, dass es auch Kräfte gibt, die die Demokratie aushöhlen wollen. Sie sind professionell und agieren schleichend. Mit denen habe ich kein Mitleid: Sie gehören enttarnt und auf der Grundlage unserer Verfassung rechtmäßig verurteilt. Muslimische Theologen und Vertreter sollten kritisch die Diskussion darüber mitgestalten, weshalb Extremisten sich auf diese Religion berufen – das würde zur größeren Anerkennung des Islams in Deutschland beitragen. Muslime sollten selbstbewusster betonen, dass die überwältigende Mehrheit der Muslime friedlich ihrer Religion nachgeht.

Auch wenn es heute immer noch Defizite gibt, haben wir als deutsche Gesellschaft enorme Fortschritte gemacht. Meine Elterngeneration, die Gastarbeiter, war eigentlich gekommen, um wieder zu gehen, und musste ihre religiöse Selbstversorgung am Rande der Gesellschaft in Hinterhofmoscheen organisieren. Dass diese Menschen inzwischen zum festen Teil der Gesellschaft geworden sind, macht mich stolz. Das war auch möglich, weil sich der deutsche Staat für sie stark gemacht hat. Schon Wolfgang Schäuble hat 2006 als Bundesinnenminister die Kraft der friedlichen Verständigung betont: Hinter die Annahme, dass Muslime ein „fester Teil unserer Gesellschaft" sind, kann es kein Zurück geben, und politische Stellungnahmen, die daran irgendwelche Zweifel wecken, wären verantwortungslos. Auch deshalb ist es nur folgerichtig, dass der deutsche Bundespräsident kontinuierlich daran anknüpft, um Muslime für unsere Werte zu gewinnen. Nur zu sagen, dass wir mit der Arbeit der Verbände nicht zufrieden sind – im Bewusstsein, dass sie der einzige Ansprechpartner für die Politik sind –, ohne gleichzeitig andere Wege aufzuzeigen, wird nicht funktionieren.

Es ist gut, dass wir in Deutschland mittlerweile Imame selbst ausbilden. Von einem hierzulande ausgebildeten Imam profitieren am Ende auch die Verbände. Um den liberalen Islam zu stärken, haben wir in Nordrhein-Westfalen einen Beirat gegründet, in dem nicht nur der türkisch-sunnitische Islam abgebildet ist, sondern beispielsweise auch der bosnische oder marokkanische. Dieses Modell kann durchaus als Vorbild für andere Länder dienen. Und auch die Islamkonferenz sollte sich weiterentwickeln und liberale Verbände stärker einbinden.

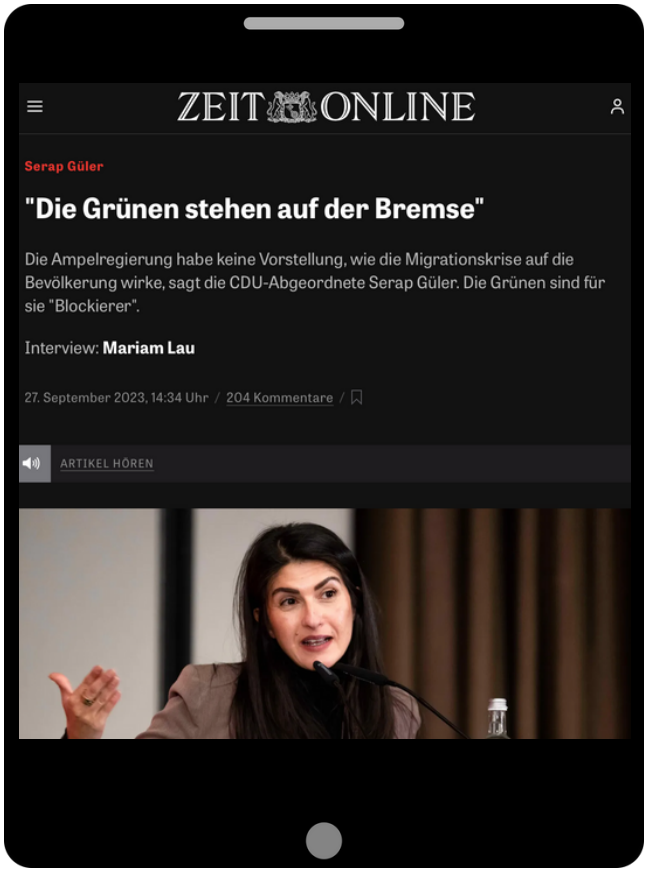
Auch die Lehrstühle für Islamische Theologie an unseren Universitäten tragen eine große Verantwortung, wenn es darum geht, einen deutschen Islam mitzugestalten. Es ist auch gut, dass sich immer mehr muslimische Intellektuelle und Wissenschaftler zu Wort melden und damit das Bild eines vermeintlich einheitlichen Islam korrigieren. Noch besser wird es, wenn der deutsche Staat in das friedliche kulturelle Miteinander investiert: Er kann kleineren Gemeinden unter die Arme greifen und ihnen dabei helfen, sich von den aus dem Ausland gesteuerten Verbänden zu emanzipieren. Zudem sollte er eine Plattform für diejenigen schaffen, die nicht gehört werden. Das erstickt jeden politischen Islamismus im Keim und unterstützt die schärfsten Kritiker des radikalen Islam: die liberalen Muslime.

■ Serap Güler (CDU) ist Mitglied des Deutschen Bundestages und war bis 2021 Integrationsstaatssekretärin in Nordrhein-Westfalen.

Besuch bei Phoenix “Unter den Linden”

Hier gehts zur Sendung.

Thema Migration



Mein Interview mit Zeit Online zur aktuellen Migrationskrise. Was jetzt getan werden muss, warum die Grünen hier auf der Bremse stehen und wir uns jetzt auf die 50% der Menschen konzentrieren sollten, die schutzberechtigt bei uns sind.

Hier gehts zum Interview.

Allgemeiner Hinweis

Wenn Sie den Newsletter gesondert zugeschickt bekommen möchten, schreiben Sie uns gerne! (serap.gueler@bundestag.de)

Rückschau InfoDVAg

Was für eine Woche!

Eine Woche „Frau Oberleutnant Güler“ - es war mir eine Ehre!
Die InfoDVAg an der Infanterieschule in Hammelburg war herausfordernd und anstrengend – aber mindestens genauso erkenntnis- und lehrreich! Die Ausbilder, vom Obergefreiten bis zum Oberstleutnant, waren hoch motiviert und haben uns in den fünf Tagen Druckbetankung alles mitgegeben, was ging: Vom Häuserkampf über die Struktur des Heeres, die Infanterie-Kampfbahn bis zum scharfen Schuss mit dem G36. Ich nehme aus Ausbildung und den vielen Gesprächen mit den Soldatinnen und Soldaten viel mit: Für meine Arbeit im Verteidigungsausschuss, aber auch für meinen Alltag. Die Einblicke in den Dienst in der Bundeswehr sind unersetzbar und unglaublich wertvoll.

Danke an alle Soldatinnen und Soldaten in Hammelburg für die Ausbildung, für die tolle Zeit und für ihren Dienst!